

Grosser Rat versenkt Einheitspolizei

Nach mehrstündiger Debatte hat der Grosse Rat am Dienstag entschieden, dass das duale Polizeisystem bleibt.

Dominic Kobelt

Die roten und grünen Punkte auf dem Bildschirm verteilten sich quer durch die Fraktionen – nur die Mitte hat geschlossen für eine Beibehaltung des momentanen Polizeisystems gestimmt. Das Resultat am Ende der mehrstündigen Debatte: Mit 74 zu 61 Stimmen unterstützte der Grosse Rat den Minderheitsantrag aus der Sicherheitskommission (SIK). Damit wurde der Leitsatz im Vorschlag des Regierungsrats geändert: «Die bestehende duale Polizeiorganisation soll beibehalten und optimiert werden», heisst es neu. Damit ist die Einheitspolizei vom Tisch.

Regierungsrat ist umgeschwenkt

Für das duale System hatten sich Gemeindevertreter aus allen Parteien eingesetzt. «Günstiger wird es lediglich, wenn der Service public abgebaut wird, und das darf auf keinen Fall passieren», sagte etwa Carole Binder-Meury (SP). Jeanine Glarner (FDP) wies darauf hin, dass auch bei einer Einheitspolizei nicht nur eine Organisation für die Sicherheit zuständig wäre. Sie sprach damit die Grenzwaache an. «Eine Einheitspolizei führt unweigerlich dazu, dass sich die Polizei aus der Fläche zurückzieht», erklärt sie und führte als Beispiel den Kanton Luzern an, der Polizeiposten schliesse. Auch im Aargau sei nur «ein mittelfristiger» Erhalt garantiert.



Vertreter verschiedener Regionalpolizeien verfolgten die Grossratsdebatte. Unter ihnen auch Renato Orsi, Chef der Regionalpolizei Muri, der seinen Job aufgrund der Unsicherheiten gekündigt hat.

Bild: Dominic Kobelt

Nachdem sich der Regierungsrat 2022 noch gegen eine Einheitspolizei ausgesprochen hatte, wollte er nach einer vertieften Prüfung doch eine Abkehr vom dualen System. Egli erklärte, dies sei keine «Kehrtwende aus heiterem Himmel» gewesen. «Wir haben klar gesagt, dass es zwei Szenarien gibt. Als klar wurde, welche Anpassungen im dualen System tatsächlich nötig sind, haben wir uns weiterentwickelt und erklärt, dass es eine Einheitspolizei braucht.»

Die Ängste, die in der Anhörung von Gemeindevertretern

geäussert wurden, konnten diesen offenbar nicht genommen werden. Die SIK hatte zwar vorgeschlagen, einen Leitsatz zu ergänzen: «Die regionale Abdeckung der Polizei durch Posten und Patrouillen sowie direkte Erreichbarkeiten für die lokale Bevölkerung und die Gemeindebehörden sind sicherzustellen.»

«Repol und Kapo wurden gegeneinander ausgespielt»

Doch trotz dieser Zusicherung zweifelten die Gegner an der Vorlage. So warf Claudia Hauser (FDP) dem Kommandanten der Kantonspolizei vor, er wolle die

Polizisten aus der Fläche abziehen, der Kanton priorisiere anders als die Gemeinden.

Dieter Egli sagte, er finde es schade, dass man die Regionalpolizeien und die Kantonspolizei gegeneinander ausspiele. «Es geht nicht um eine Zerschlagung der Regionalpolizeien, sondern um eine Zusammenlegung der Organisationen», erklärte er. «Die Aufgaben greifen immer mehr ineinander, die Sicherheitslage ändert sich immer schneller.» Den Unterschied zwischen lokal und übergeordneter Sicherheit könne man je länger, je weniger machen.

Es gab durchaus auch Unterstützung für die Einheitspolizei, praktisch aus allen Fraktionen. «Wir müssen uns eigentlich nur etwas fragen: Ist die Sicherheit im Kanton gewährleistet?», argumentierte Nicole Heggli-Boder (SVP). Natürlich schliesse das auch die Regionen mit ein. «Ich habe zwei Teenie-Töchter, ich bin die letzte, die will, dass die Sicherheit abnimmt.» Jährlich gebe es aber 2300 Doppelpatrouillen, also Patrouillen von Kapo und Repol, obwohl es nur eine brauche. Die Gegner der Einheitspolizei befürchteten, ein Systemwechsel könnte dazu füh-

ren, dass Regionalpolizistinnen und Regionalpolizisten den Aargau verlassen. So auch Grossrat Hanspeter Budmiger (GLP) aus Muri: «Beide Systeme funktionieren und haben Vor- und Nachteile. Mit einem Wechsel gehen wir aber enorme Risiken und Kosten ein.» Der Chef der Regionalpolizei Muri, Renato Orsi, hat aus genau diesem Grund bereits gekündigt. Orsi verfolgte die Debatte im Grossen Rat vor Ort, zusammen mit weiteren Vertretern aus verschiedenen Aargauer Regionalpolizeien.

Die Zusammenarbeit soll verbessert werden

Doch wie geht es nun weiter? Aus den Voten war herauszuhören, dass grosse Einigkeit darüber besteht, dass das bestehende System optimiert wird. Grossrat Markus Schneider (Mitte), Stadtmann von Baden, äusserte sich etwa zu den Doppelspurigkeiten. Er schlug vor, dass das Dekret dahin gehend anzupassen sei, dass die Regionalpolizei künftig zusätzliche Aufgaben übernehmen kann, die momentan der Kantonspolizei vorbehalten sind. «Dadurch werden bei der Kantonspolizei Ressourcen frei.»

Der Regierungsrat wurde schliesslich praktisch einstimmig beauftragt, die Arbeiten für die Umsetzung der genehmigten Leitsätze einzuleiten. Die Einheitspolizei ist also vom Tisch, doch die Diskussionen, wie sich die Polizei im Aargau weiterentwickeln soll, ist noch lange nicht abgeschlossen.